



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser, mit großer Freude habe ich eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Kenntnis genommen. Danach befindet sich die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge in unserem Land nach wie vor auf einem hohen Niveau. Im vergangenen Jahr hat ein Drittel der Deutschen Geld- oder Sachspenden geleistet. Zehn Prozent haben Flüchtlinge vor Ort etwa bei Behörden gängen oder durch Deutschunterricht unterstützt. Die Tatsache, dass die Hilfsbereitschaft im Laufe des Jahres abgenommen hat, darf nicht zu dem falschen Schluss führen, dass die Deutschen jetzt weniger zum Engagement

bereit sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Zahlen belegen nur, dass wieder eine gewisse Normalisierung eingetreten ist. Viele Hilfsmaßnahmen sind nicht mehr notwendig, weil viele Flüchtlinge schon erstaunlich gut Deutsch sprechen und daher in vielen Fällen weniger Unterstützung brauchen. Das belegt nicht nur, dass die Hilfsmaßnahmen wichtig und richtig waren, sondern vor allem auch, dass sie auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Sie sind angenommen worden und haben etwas bewirkt. Das ist doch wirklich eine höchst erfreuliche Nachricht.

Wesentlich verbessert haben wir in dieser Woche den Schutz von Polizei und Rettungskräften. Dies war notwendig angesichts der zu-

nehmenden Übergriffe und der wachsenden Gewaltbereitschaft. Immer öfter werden Polizisten und Rettungskräfte selbst bei Streifenfahrten oder der Aufnahme eines Unfalles behindert oder sogar angegriffen. Derlei Attacken können künftig mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Außerdem werden wir bis 2020 bei der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt (BKA) 10.000 weitere Stellen schaffen und zwei Milliarden Euro für bessere Ausrüstung zur Verfügung stellen.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,
Ihr

50000 Euro für Museum Junge Kunst

Sehr gefreut habe ich mich über die Förderung des Museums Junge Kunst in Frankfurt (Oder). Zur Er-

neuerung der musealen Beleuchtung in der Rathaushalle sowie der Depotausstattung erhält das Museum im Rahmen des diesjährigen Bundesprogrammes „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ 50.000 Euro, wie mir Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters mitteilte.



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Amei Stock

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Mehr Geld für den Kita-Ausbau

Bis 2020 wird der Bund zusammen mit den Bundesländern weitere 100.000 Plätze in der Kindertagesbetreuung schaffen. Dafür werden weitere 1,126 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr werden 226 Millionen zur Verfügung gestellt. Danach sind es 300 Millionen jährlich.

Der Beschluss des Deutschen Bundestages von Donnerstag sieht im Weiteren eine Fristverlängerung vor. Damit wird den Ländern mehr Zeit - nämlich bis Ende 2019 - eingeräumt, um die entsprechenden Bauvorhaben zu planen und zu beantragen. Die Bundesgelder können für Neu-, Aus- und Umbauten sowie für Sanierungen und

Investitionen in die Ausstattung von Kitas eingesetzt werden. Die konkrete Verwendung liegt in der Hand der Länder. Der Bund hat sich bereits zwischen 2008 und 2018 mit 3,28 Milliarden Euro am Ausbau der Kindertagesbetreuung beteiligt. Weitere 6,26 Milliarden Euro hat er an Betriebskostenzuschüssen zur Verfügung gestellt.

Wir als Union fühlen uns den Bedarfen der Familien verpflichtet. Mit diesem Beschluss erweitern wir die Möglichkeiten dafür, dass Eltern entscheiden können, ob sie ihr Kind in die liebevollen Hände von Erzieherinnen und Erziehern geben oder es selbst

betreuen. Darum war es für uns besonders wichtig, dass mit diesem Maßnahmenpaket auch Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintrittsalter erfasst werden sollen.

Eltern wollen eine durchgängige qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder auch im Übergang zur und während der Schulzeit. Nicht zuletzt haben wir Wert darauf gelegt, dass nicht nur der Ausbau von Betreuungsplätzen gefördert wird, sondern auch die Einrichtung von beispielsweise Sporträumen, Küchen, barrierefreier Ausstattung oder Räumen für Elterngespräche.

Die Renten steigen erneut

Eine erfreuliche Nachricht für alle Rentner: Wie schon im Vorjahr steigen auch dieses Jahr zum 1. Juli erneut die Altersbezüge. Die jährlichen Steigerungsraten sind nicht zuletzt eine Konsequenz unserer soliden und deshalb erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Zum 1. Juli 2017 erhalten die über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland mehr Geld. In den neuen Bundesländern steigen die Zahlungen um 3,59 Prozent, in den alten Bundesländern um 1,9 Prozent. Das hat das

Bundeskabinett beschlossen.

Der Rentenwert in den alten Ländern erhöht sich zum 1. Juli 2017 von bisher 30,45 Euro auf 31,03 Euro. Für die neuen Länder steigt er von 28,66 Euro auf 29,69 Euro. Die unterschiedliche Erhöhung in alten und neuen Ländern ist darauf zurückzuführen, dass die Rente den Löhnen folgt: Die für die Renten relevante Lohnentwicklung des Jahres 2016 im Vergleich zu 2015 lag im Westen bei plus 2,06 Prozent. Im Osten waren es 3,74 Prozent.

Der Entwurf des Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes sieht vor, ab dem 1. Juli 2018 den aktuellen Rentenwert (Ost) an den Rentenwert in den alten Ländern in sieben Schritten anzugleichen. Ab 1. Juli 2024 wird dann ein einheitlicher Rentenwert in Deutschland gelten.

Zudem wurden Verbesserungen bei der Betriebsrente und nochmals Besserstellungen für Erwerbsgeminderte auf den Weg gebracht. Die Gesetze werden derzeit im Bundestag beraten.